

„Zwischen politischem Aktionismus und Symbolpolitik“

Pflege-Experte Claus Fussek kämpft seit Jahren für bessere Bedingungen in Heimen Vom rot-schwarzen Pflegepaket hält er nur wenig

erstellt am 31.01.2018 um 20:56 Uhr
aktualisiert am 31.01.2018 um 21:40 Uhr

Herr Fussek, Union und SPD haben sich auf eine bessere Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege verständigt. Zudem sollen Sofortmaßnahmen für eine bessere Personalausstattung eingeleitet werden. Was sagen Sie dazu?

Claus Fussek: Ich bin überrascht: Die Bezahlung der Pflegekräfte ist in Deutschland, soweit ich weiß, Aufgabe der Tarifparteien. Wie die Politik die Bezahlung erhöhen will, ist mir also schleierhaft. Und warum es ausgerechnet zusätzliche 8000 Pflegekräfte sein sollen, und nicht 7000 oder 10 000, verstehe ich auch nicht. Das ist eine völlig willkürliche Zahl. Zudem bin ich gespannt, ob die Politik auch gleich eine Lösung liefert, wo diese zusätzlichen Kräfte plötzlich herkommen sollen. Ich dachte immer, die muss man vorher erst mal jahrelang ausbilden. Fakt ist: Die ordentlichen Heime haben Personal, und die, die gut bezahlen, haben auch Personal. Und was nun die Arbeitsbedingungen angeht, die man angeblich ebenfalls verbessern will: Das ist Aufgabe der Pflegeselbstverwaltung. Auch da hat die Politik nichts mitzureden. Ich halte das für irgendetwas zwischen politischem Aktionismus und Symbolpolitik. Im Übrigen: Wenn die Kosten steigen, steigen die Preise. Dann wird es für die Selbstzahler teurer, und womöglich müssen wir auch über eine Erhöhung der Pflegebeiträge sprechen. Was wir brauchen, ist also eine gesellschaftliche Diskussion.

Sie gelten als Deutschlands "Pflege-Papst". Wie ist es dazu gekommen?

Fussek: Vor 40 Jahren habe ich mit Freunden in München den "Ambulanten Dienst - Vereinigung für Integrationsförderung" gegründet. Ich hatte immer die Überzeugung, dass Menschen - egal wie alt, egal wie behindert - die Möglichkeit haben müssen, selbstbestimmt und in gewohnter Umgebung alt zu werden. So, wie ich es für meine Eltern und mich auch gerne hätte. In der Zeit, in der ich im ambulanten Dienst tätig war, habe ich auch immer gesellschaftspolitisch gearbeitet - und plötzlich Schicksale erfahren und gesehen, die ich nie für möglich gehalten hätte. Dinge, die man eigentlich nicht aushält. Dinge, die mit Würde nichts zu tun haben. Derlei habe ich öffentlich gemacht, was sich 1997 zum "Münchener Pflegeskandal" auswuchs. Seitdem

ist mein Leben ein anderes - und das meiner Familie. Mir wird immer mehr berichtet: Pflegekräfte, die traumatisiert sind und Angst haben, Angehörige, die nicht mehr weiter wissen, alte Menschen, die nichts anderes sind als Insassen - alles meistens verbunden mit der Bitte, anonym zu bleiben, aber den Fall öffentlich zu machen. Ich transportiere also seit Jahrzehnten unbequeme Nachrichten, die eigentlich keiner hören will.

Was war Ihr größter Erfolg?

Fussek: Erfolge? Keine! Die Dinge, die ich heute fordere, habe ich schon in den 1980-er Jahren gefordert, in den 1990-er Jahren, und in den letzten 20 Jahren ebenso. Dass man alte Menschen in ihren Exkrementen liegen lässt, das gab es damals - und das gibt es heute. Täglich geschehen in zertifizierten und mit Bestnoten ausgezeichneten deutschen Pflegeheimen Menschenrechtsverletzungen - und niemand empört sich.

Hat sich nach Ihrer Beurteilung in den vergangenen Jahren tatsächlich nichts verbessert? Ist denn die Politik nicht auf dem richtigen Weg?

Fussek: Niemand ist für schlechte Pflege. Alle wollen bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen, ein besseres Image. Alle sind sich einig. Aber wenn alle dafür sind: Warum tut sich dann nichts? Das ist nicht logisch. Pflege ist für die Politik in Wahrheit kein Thema. Ich erwarte mir von der Politik gar nichts mehr.

Diesel-Fahrverbote, Zugverspätungen, der Wolf und die Schweinepest - das sind die Themen, auf die die Gesellschaft reagiert. Pflege? Interessiert nicht. Und das weiß die Politik und verhält sich entsprechend. Das Thema wurde der Pflege-Selbstverwaltung übergeben, den Wohlfahrtsverbänden, den privaten Pflegeanbietern, den Investoren und Renditejägern. Wenn Politiker tatsächlich mal in Pflegeheime kommen, dann sind sie angemeldet - und erleben Pflege der Superlative. Das ist völlig bizarr.

Die Fragen stellte

Alexander Kain.

Foto: Stumberger/epd

Donaukurier